

Antrag

der Abgeordneten Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Friedhelm Julius Beucher, Peter Büchner (Speyer), Michael Habermann, Stephan Hilsberg, Ilse Janz, Dr. Uwe Küster, Uwe Lambinus, Klaus Lohmann (Witten), Siegmars Mosdorf, Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Willfried Penner, Rudolf Purps, Erika Simm, Rolf Schwanitz, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Günther Tietjen, Hermann Wimmer (Neuötting), Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Sofortprogramm zur Förderung des Sports in den neuen Ländern (Goldener Plan 2000)

Der Bundestag wolle beschließen:

In Würdigung der Ergebnisse der Anhörung des Sportausschusses am 24. April 1991 im Berliner Reichstag zur „Situation des Sports in den neuen Bundesländern“ und angesichts der alarmierenden Zahl der neuesten Erhebung des Deutschen Sportbundes (DSB), die eine mehr als problematische Lage des Vereinssports und einen desolaten Zustand im Bereich der Sportstätten aufzeigen, beschließt der Deutsche Bundestag ein „Sofortprogramm zur Förderung des Sports“ in den neuen Ländern.

Dieses Programm trägt – unter Beachtung der grundsätzlichen Zuständigkeit der Länder und Gemeinden für den Breiten- und Vereinssport – der besonderen Situation des Vereinigungsprozesses Rechnung und knüpft an das Gemeinschaftswerk des „Goldenen Plans“ von 1960 bis 1975 an. Es dient der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse, sichert dem deutschen Sport ein breites Nachwuchsreservoir und dient als zusätzliches Investitionsprogramm.

Das Sofortprogramm zur Förderung des Sports unterstützt jugend- und bildungspolitische Konzepte zur Bekämpfung der Gewalt und des Extremismus.

Das Sofortprogramm zur Förderung des Sports in den neuen Ländern ist als Vorschaltprogramm für den „Goldenen Plan 2000“ anzusehen, der Defizite in der Sportstätten- und Personalstruktur des Sports ausgleichen soll. Mit dem Start dieses Vorschaltprogramms unterstützt der Bund die Olympiavorbereitung des deutschen Sports und damit auch die Olympiabewerbung Berlins für das Jahr 2000.

1. Neuer „Goldener Plan“ für den Sportstättenbau

Der wichtigste Bereich der öffentlichen Sportförderung ist der Sportstättenbau. Der Verfassungsauftrag, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen den Teilräumen der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere zwischen den alten und neuen Bundesländern herzustellen, ist im Bereich des Sportstättenbaus nur durch eine Neuauflage des „Goldenen Plans“, dem Sportstättenbauprogramm früherer Jahre, einzulösen. Dabei sind konzeptionelle Fehler des früheren Sportstättenbaus auszugleichen und Anpassungen an das geänderte Sport- und Freizeitverhalten in den 90er Jahren zu berücksichtigen. Ein gravierender Fehlbedarf an benutzerfreundlichen Sportstätten besteht immer noch in den Ballungszentren und im Bereich der ehemaligen DDR, wo der Breiten- und allgemeine Vereinssport aus ideologischen und finanziellen Gründen jahrzehntelang vernachlässigt worden ist. In den neuen Bundesländern hängt der Erhalt vieler Sportstätten vielfach von sofortigen Reparatur- und Sicherungsmaßnahmen ab. Die Verfügbarkeit der Sportanlagen in der ehemaligen DDR muß daher durch ein Sofortprogramm gewährleistet werden, das als „Vorschaltprogramm für den ‚Goldenen Plan 2000‘“ anzusehen ist. Mit diesem „Sportstätten-Sofortprogramm“ für die neuen Länder wird den hohen gesellschafts- und gesundheitspolitischen Aufgaben des Sports Rechnung getragen. Außerdem wird damit ein Investitionsprogramm gefördert, das Arbeitsplätze sichert. Fehlende oder baufällige Sportanlagen erschweren den Aufbau eines demokratischen Vereins- und Verbandswesens.

Der Deutsche Bundestag beantragt eine Startfinanzierung des „Goldenen Plans“ durch die Bundesregierung in Höhe von 100 Mio. DM im Haushaltsjahr 1993. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Verhandlungen mit den Ländern und Spitzenverbänden der Kommunen deren Beteiligung an diesem „Sportstätten-Sofortprogramm“ sicherzustellen. Der in der Anhörung des Sportausschusses bezifferte Modernisierungs- und Sicherungsbedarf von allein 1,4 Mrd. DM in Berlin (Ost) und von 1,3 Mrd. DM in Brandenburg unterstreicht die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen.

Der Deutsche Bundestag fordert darüber hinaus die Berücksichtigung des Sports und von Sportprojekten bei der Mittelvergabe aus dem „Fonds Deutsche Einheit“ und appelliert an die Länder und Kommunen, den Strukturfonds „Aufschwung Ost“ auch für kommunale Sofortprogramme zur Förderung des Sports zu nutzen.

2. Anschubfinanzierung für ein demokratisches Vereins- und Verbandswesen im Sport

Das demokratische Vereins- und Verbandswesen des Sports hat eine hohe gesellschaftspolitische Bedeutung: Die Freiwilligkeit des Beitritts, die gemeinsame und selbstbestimmte Regelung eigener Interessen und das ehrenamtliche Arbeiten spielen für die Entwicklung demokratischer Verhaltensweisen und den Aufbau von Bürgersinn eine wichtige Rolle. Nicht von ungefähr wurde das freie Vereinswesen des Sports in der ehemaligen DDR zerschla-

gen, wenn auch auf unterer Ebene viele Elemente ehrenamtlicher Arbeit auch im DDR-Sport erhalten blieben. Sportvereine erfüllen über den Sport hinaus vielfältige kulturelle und gesellschaftliche Aufgaben.

Eine lebendige Vereinskultur stabilisiert die Gesellschaft in Notzeiten und Umbruchsituationen.

In der Ausnahmesituation des Vereinigungsprozesses und der sozialen Krisensituation des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels in den neuen Ländern stellt der Bund in gesamtstaatlicher Verantwortung im Rahmen der Sportförderung – in Absprache mit Ländern und Kommunen, deren grundsätzliche Zuständigkeit vom Deutschen Bundestag anerkannt und betont wird – Mittel für ein „Sofortprogramm zur Förderung des Sports in den neuen Ländern“ zur Verfügung. Er hilft damit beim Aufbau von demokratischen Basisstrukturen, die in der Nachkriegszeit zerschlagen worden sind. Wie in der Kulturförderung übernimmt der Bund im Bereich des Sports bei der Überwindung kriegsbedingter Teilungsfolgen kurzfristig Aufgaben, die im Normalfall in die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden fallen.

Besonders in vielen kleineren Gemeinden der neuen Länder existieren keine Vereine mehr. Dies ist u. a. die Folge der einseitigen Konzentration des DDR-Sportsystems auf den Hochleistungssport. Auch in größeren Orten ist häufig die Umwandlung vieler Betriebssportgemeinschaften in freie, eingetragene Vereine noch nicht geschafft worden. Die Vereine haben – wie die Anhörung zur Situation des Sports in den neuen Ländern im Sportausschuß des Deutschen Bundestages ergeben hat – Massenaustritte, insbesondere von Jugendlichen, zu verzeichnen. Der Rückgang der Mitgliederzahlen um durchschnittlich 48 % – bei Jugendlichen sogar um 75 % – hat vielfältige Gründe:

Die gegenwärtige soziale Verunsicherung und die allgemeine wirtschaftliche Lage stehen einer Übernahme bzw. einer Weiterführung von Ehrenämtern entgegen.

Durch die geringen bzw. noch nicht vorhandenen Zuschüsse seitens der Kommunen und Länder müssen die Vereine ihre gegenwärtigen Beiträge drastisch erhöhen, um ihrerseits Gebühren und Aufgaben aus der gesetzlichen Berufsunfallversicherung (VBG) der privaten Sportversicherung (Haftpflicht, Unfall u. a.) zahlen zu können.

Ausgebildete Übungsleiter fehlen in den Vereinen.

Die Geräteausstattung ist unzureichend und birgt ein hohes Gefährdungspotential.

Der Wettkampfbetrieb auf vielen Ebenen – insbesondere im Jugendbereich – kann aus finanziellen Gründen nicht aufrechterhalten werden.

In dieser Ausnahmesituation fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, den Fachverbänden für den Aufbau ihrer Vereine/Abteilungen eine Vereinsanschubfinanzierung in Höhe von 20 Mio. DM im Haushaltsjahr 1993 zu Verfügung zu stellen.

3. Verbesserung und Intensivierung der Vereinsunterstützung durch den Deutschen Sportbund und die Deutsche Sportjugend im DSB

Gerade in der gegenwärtigen Situation, die durch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit mit ihren schon jetzt erkennbaren negativen Folgen (Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit usw.) gekennzeichnet ist, kommt einer ausgebauten demokratischen Vereinskultur, die an der Zielsetzung des „Sports für alle“, d. h. eines vielfältigen Sportangebots vom Breiten- und Freizeitsport bis hin zum Wettkampfsport, orientiert ist, eine soziale Aufgabe zu, die von kommerziellen Anbietern nicht gelöst werden kann. Die Vielfalt des Sportangebots, seine Erreichbarkeit auch für sozial Schwache, die Verknüpfung unterschiedlicher Altersgruppen und die Einbindung von Behinderten zeichnet den Vereinssport gegenüber dem kommerziellen Anbietersport aus. Diese wichtige soziale Aufgabe bedarf der Unterstützung. Angesichts der zunehmenden Verwaltungs- und Rechtsprobleme werden generell die ehrenamtliche Führung durch hauptamtliche Verwaltung ergänzt und die Modelle des Zusammenwirkens weiter entwickelt werden müssen. Insbesondere gilt dies in den neuen Ländern, wo viele der geltenden Sportvorschriften neu sind und erstmalig angewendet werden müssen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in einer Übergangsphase an der Finanzierung von Geschäftsstellen der Stadt und Kreissportbünde zu beteiligen. Diese hauptberuflich besetzten Geschäftsstellen sollen vor allem in der Übergangsphase bis 1994 die Demokratisierung des Vereinswesens unterstützen. Der DSB und die Deutsche Sportjugend im DSB (DSJ) haben bei ihrer Unterstützung des demokratischen Aufbaus des Vereins- und Verbandswesens einen zusätzlichen Personal-, Raum-, Gremien-, Publikations- und Informationsbedarf zu verzeichnen. Sie sollen instandgesetzt werden, ihre Lehrgangs- und Ausbildungsmaßnahmen aufzustocken, Vereinspartnerschaften unter Mithilfe der Landessportbünde durch die Bereitstellung von Reise- und Unterkuftsbeihilfen durch die Organisation von Tagungen zu erleichtern.

Für dieses Vereinsförderungsprogramm des DSB und der DSJ in den neuen Bundesländern, dessen Schwerpunkt in der Nachwuchsarbeit (u. a. „Jugend trainiert für Olympia“) liegen soll, werden im Haushaltsjahr 1993 12,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

Bonn, den 16. Juni 1992

Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Friedhelm Julius Beucher
Peter Büchner (Speyer)
Michael Habermann
Stephan Hilsberg
Ilse Janz
Dr. Uwe Küster
Uwe Lambinus
Klaus Lohmann (Witten)
Siegmar Mosdorf
Gerhard Neumann (Gotha)

Dr. Willfried Penner
Rudolf Purps
Erika Simm
Rolf Schwanitz
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Wolfgang Thierse
Günther Tietjen
Hermann Wimmer (Neuötting)
Hans-Ulrich Klose und Fraktion